

Gefesselt in behördlicher Planwirtschaft

Wirtschaftskraft

NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [1]
NAEB 2521 vom 13. Oktober 2025

Renten können nur gesichert werden, wenn die Wirtschaft effektiver wird. Preiswerte Energie muss mehr menschliche Arbeit ersetzen. Die Energiewendegesetze verteuern jedoch die Energie und schwächen die Wirtschaft.

Die Renten sind sicher, tönte der Bundesarbeitsminister Norbert Blum vor 40 Jahren. Es war die Entgegnung auf Kritik gegen seine Rentengesetze. Die Rücklagen der Rentenkassen wurden für höhere Renten geplündert. In Zukunft sollten die Renten von den Sozialbeiträgen der nächsten Generation gezahlt werden. Doch schon zu der Zeit gab es einen deutlichen Geburtenrückgang. Die Kritiker wiesen auf die untragbaren Belastungen der nachwachsenden Generation hin. Immer weniger Beitragszahler müssten immer mehr Rentner versorgen.

Kohle und Kernkraft retten die Renten

Zunächst konnte das Rentensystem aufrechterhalten werden, weil die Produktivität in der Wirtschaft Jahr für Jahr kräftig wuchs. Mit preiswertem und verlässlichem Strom aus Kohle- und Kernkraftwerken wurde die Automatisierung der industriellen Fertigung vorangetrieben. Energie ersetzte menschliche Arbeitskraft. Löhne, Kaufkraft und Sozialabgaben stiegen bei gleichbleibenden oder sogar sinkenden Preisen für Industriewaren.

Mit der grünen Energiepolitik, der Verdammung der Kernkraftwerke und danach auch der Kohlekraftwerke, wurde eine Wende in der Industriepolitik eingeleitet. Strom soll ohne Kernenergie und ohne Kohlenwasserstoffe erzeugt werden. Um das zu erreichen, wurden zunächst die Kernkraftwerke und danach auch Kohlekraftwerke abgeschaltet. Mit dem Sprengen wichtiger Teile der Kraftwerke sollte ein Wiederaufbau verhindert werden. So soll die Energiewende durchgesetzt werden. Mit dieser Methode wurden große Teile des Volksvermögens vernichtet.

Mit der Energiewende beginnt die Deindustrialisierung

Die Folge der Politik war ein kräftiger Anstieg der Strompreise. Die preiswerte automatisierte Fertigung wurde zu teuer. Immer mehr Branchen scheitern im internationalen Wettbewerb mit Ländern, deren Energiebasis Kernkraft und Kohlenwasserstoffe sind. Sie mussten aufgeben oder ihre Produktion in Länder mit einer preiswerten und verlässlichen Energieversorgung verlagern. Dieser Prozess läuft schleichend bereits seit mehr als 20 Jahren. Er wurde von der grünen Politik ignoriert und sogar als wichtige weltweite Investition gefeiert. Es ist schlimm, wenn "Wirtschaftsweise" erst heute davon sprechen, dass durch die hohen Energiepreise eine Industrieverlagerung aus der Bundesrepublik Deutschland drohe. Sie findet schon lange statt.

Renten werden mit Schulden finanziert

Zwangsläufig führt die Deindustrialisierung zum Verlust von Arbeitsplätzen. Täglich werden Betriebsschließungen und Insolvenzen gemeldet, durch die zehntausende Arbeitsplätze verloren gehen. Die Gewerkschaften bleiben dazu merkwürdig ruhig. Die Weltklimaretung durch die Energiewende ist ihnen wohl wichtiger als die Rettung von Arbeitsplätzen.

Durch die Deindustrialisierung verringern sich auch die Steuer- und Sozialversicherungs-Einnahmen. Die gesetzlich versprochenen Renten sind unbezahlbar. Belastet man die noch produktiv arbeitenden Mitbürger höher, sinkt deren Netto-Einkommen auf das Rentenniveau. Es besteht kein Anreiz mehr zu arbeiten. Steuern und Sozialabgaben sind zu gering, um die gesetzlich garantierten Renten zu finanzieren. Dazu werden Schulden aufgenommen. So wird die nachfolgende Generation doppelt belastet. Sie sollen die Renten für ihre Väter zahlen und die Schulden der Vorväter-Generation abtragen.

Subventionen sind keine Wertschöpfung

Als Ursachen der Deindustrialisierung mit den geschilderten Folgen werden Missmanagement und Produkte ohne Nachfrage genannt. Unnötige Gesetze würden die staatlichen Verwaltungen aufblähen und den Betrieben viel Arbeitszeit und Geld kosten. Dies trägt sicher zur Misere bei. Doch die wesentliche Ursache, die teure und unsichere Energieversorgung durch die Energiewende zur Weltklimaretung, wird ausgeblendet. Die Klimaretung ist eine heilige Kuh, die unangetastet bleibt. Sie kostet nach wiederholten Aussagen der Bundeskanzler Scholz und Merz jährlich mehr als 100 Milliarden Euro.

Es sind die zahlreichen Subventionen für Solar- und Windstrom: Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (über 10 Milliarden Euro/Jahr), Netz-Regelkosten (über 4 Milliarden), steigende Netzkosten, Entsorgungskosten für überschüssigen Strom (über 500 Stunden/Jahr), Subventionen zur Verbilligung von Industriestrom, Subventionen für E-Autos, Kosten für Energie- Klima- und Fahrradbeauftragte in fast jeder Stadt, Beihilfen zur Produktion und Nutzung von Wasserstoff und viele andere Subventionen.
Staatliche Planwirtschaft hemmt freie Entscheidungen

Die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland ist mit der Energiewende in einer Unzahl von Verboten, Geboten und Subventionen gefesselt. Es ist behördliche Planwirtschaft. Damit hat sich die Bundesrepublik Deutschland von der sozialen Marktwirtschaft verabschiedet, die großen Wohlstand beschert hat. In einer freien und sozialen Marktwirtschaft muss zunächst Geld verdient werden. Erst dann kann man über die Verteilung der Gewinne streiten. Dazu sind Gewerkschaften wichtig. Renten sollten aus Profiten gezahlt werden. Doch die Schrumpfen in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Fortschreiten der Energiewende immer schneller. Die Renten werden aus Krediten gezahlt. Die Bevölkerung verarmt.

Rettung bringt nur ein Ende der Energiewende

Was ist zu tun? Die Energiewende und die Klimaretung sind kritisch zu überprüfen und ihr Widersinn hervorzukehren. Dazu müssen alle Wissenschaftler gehört werden. Einseitig ideologisch verblendete Experten und Profiteure dürfen keine Entscheidungsbefugnis haben. Dies ist leider zurzeit der Fall. Die nur auf die Reduktion von CO₂-Emissionen aus Kohlenwasserstoffen ausgerichtete Energiepolitik ist industrie-feindlich und verringert die Vegetation. Strom aus Sonne und Wind ist unsicher und teuer. Wasserstoff als Energieträger ist für eine Volkswirtschaft unbezahlbar. Dessen Energieverluste für die Herstellung, den Transport, die Lagerung und Verstromung liegen bei 90 Prozent.

Für eine erfolgreiche Wirtschaft bleibt derzeit nur die Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas. Das zeigen die wirtschaftlich wachsenden Länder China, Indien, USA, Brasilien usw. Deren Stromversorgung basiert auf Kohle, Erdgas und Wasserkraft. Wind- und Solarstrom spielen nur eine Nebenrolle und stützen die Wasserkraft. Wenn die Bundesrepublik Deutschland ein Wirtschaftsland bleiben will, muss die Energiewende mit den wachsenden Abgaben auf CO₂-Emissionen beendet werden. Kohle, als preiswerter und problemlos lagerfähiger Energieträger muss die Stromversorgung weitgehend übernehmen. Die Erdgas- und Erdöl-Vorkommen in der Bundesrepublik Deutschland sind zur Förderung freizugeben. Damit wird die Abhängigkeit von Energieimporten verringert. Ohne eigene Energie wird die Bundesrepublik Deutschland jederzeit erpressbar. Die unsicheren Wind- und Solaranlagen sind keine Hilfe.

Mit der Rückbesinnung auf die Kohlenwasserstoffe wird der Weg zu einer wachsenden Wirtschaft frei gemacht. Mit preiswerter und sicher verfügbarer Energie lassen sich wieder Gewinne erwirtschaften und Investoren anlocken. Profitable Unternehmen zahlen mehr Steuern, mit denen sich die Infrastruktur verbessern lässt. Und die Renten werden wieder sicherer.
Die Forderungen des Stromverbraucherschutzes NAEB

1. Klimawandel hinnehmen: EE-Strom (Solar-/Wind-/Biogas-) und EEG beenden
2. Nord-Stream reparieren - Kein unsinniges Wasserstoff Experiment
3. Weiterhin Kohle-Strom, Kraftwerke reaktivieren, keine CO2-Langzeitspeicherung
4. CO2-Abgabe beenden, Klimaschutzgesetz aussetzen, Klima- und Transformations-Fonds auflösen.
5. Kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995.
6. E-Autos / Bio-Fuels und Batterie-Kfz-Mobilität stoppen - E-Power nutzen.

Diese sechs Aktionen gegen die Bundesregierung per AfD durchsetzen

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V.i.L. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] <https://www.naeb.info/naeb7.htm>
<https://www.dzg.one/Gefesselt-in-behoerdlicher-Planwirtschaft>

Grüne Energiepolitik ist ein teurer Flop für die Bundesrepublik Deutschland!
<https://www.youtube.com/watch?v=2THQbSI0G7k>
28. August 2025 | AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt

Die Grünen fordern den gezielten Ausbau von Großbatteriespeichern. Der AfD-Abgeordnete Frank Otto Lizureck hielt im Landtag dagegen: "Der größte Batteriespeicher weltweit könnte Deutschland gerade einmal für 3,3 Sekunden mit #Strom versorgen - und kostet ein Vermögen." Für Batteriespeicher, Netzausbau und Wasserstoff bräuchte es bis 2045 rund 880 Milliarden Euro. Gleichzeitig klafft im Bundeshaushalt bis 2029 ein Loch von 172 Milliarden Euro. "Wie sollen unter solchen Umständen 880 Milliarden Euro aufgebracht werden?", fragte Lizureck.

Deindustrialisierung durch Energiewende und Verbrenner-Aus!
<https://www.youtube.com/watch?v=oanaphXxTs>
21. Mai 2024 | AfD-Fraktion Baden-Württemberg

+++ Deindustrialisierung durch Ihre Energiewende und das Verbrenner-Aus durch die EU-Bevormundung - Der ehemalige Industriestandort Baden-Württemberg ist 2024 EU-weit Drittlitzter beim BIP-Wachstum! +++

"Wir brauchen keinen dirigistischen Staat, sondern im Gegenteil mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Flexibilität". Das sagte der mittelstandspolitische Sprecher Bernd Gögel MdL in der Landtagsdebatte zum Industriestandort Baden-Württemberg. "Für 2024 werden 0,1 Prozent BIP-Wachstum in Deutschland prognostiziert. Das ist der drittletzte Platz in der gesamten EU. Und Wirtschaftspolitik wird abgesehen von Brüssel nun einmal primär in Berlin gestaltet, wo Sie den Kanzler stellen, liebe SPD! Aktuell zeigt uns übrigens gerade dieser SPD-Bundeskanzler, dass er wesentliche Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung nicht verstanden hat oder sogar vorsätzlich ignoriert: Mit der Forderung, den gesetzlichen Mindestlohn auf 15 Euro anzuheben, missachtet Olaf Scholz nicht nur die eigentlich zuständige Kommission, sondern zugleich auch das Prinzip der Tarifautonomie. Außerdem demonstriert der Kanzler damit, wo er sich und seine Politik selbst sieht: Als Befürworter eines Staates, der die Wirtschaft bevormundet. Genau das brauchen wir aber nicht."

Bosch, ZF, Stihl - die Anzeichen sind dafür vorhanden, dass das Jahr 2024 zum "Jahr der Deindustrialisierung" zu werden droht, moniert Gögel. "Mit dem auf EU-Ebene beschlossenen Verbrenner-Aus ab dem Jahr 2035 ist die gesamte Autoindustrie in Europa erpressbar geworden. Und kurzzeitige Stromausfälle haben bereits im vergangenen Jahr bei Unternehmen gehäuft zu Produktionsausfällen und Maschinenschäden geführt. Als AfD-Fraktion fordern wir deshalb auch heute die Rückkehr zu einer sozialen Marktwirtschaft, die unseren Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen gewährleistet. Und unsere Wirtschaft benötigt in großem Umfang Fachkräfte, die über eine angemessene Bildung verfügen. Die von Ihnen demgegenüber geförderte Masseneinwanderung in die Sozialsysteme verhindert genau hier eine richtige Schwerpunktsetzung. Nicht zuletzt steht die AfD auch für eine langfristig zuverlässige und bezahlbare Stromversorgung. Das muss mit einem Wiedereinstieg in die Kernkraft einhergehen. Es sind grundsätzliche Fehlentwicklungen zu korrigieren - noch ist es dafür aber nicht zu spät."

Pressekontakt

publicEffect.com

Herr Hans Kolpak
Wartenburger Str. 64
06901 Kemberg

<https://publicEffect.com>
Hans.Kolpak@publicEffect.com

Firmenkontakt

neu.DZiG.de Deutsche ZivilGesellschaft

Herr pol. Hans Emik-Wurst
Wartenburger Str. 64
06901 Kemberg

<https://DZG.one>
pol.hans@emik-wurst.de

DZG.one steht für Deutsche ZivilGesellschaft. Das freie Medium beleuchtet seit 2006 wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen und stellt immer wieder den starken Einfluss kultureller Eigenarten heraus. Es werden Quellen aus dem gesamten gesellschaftlichen Spektrum zitiert, um kontroverse Diskurse abzubilden. Neben pol. Hans Emik-Wurst tragen noch weitere Autoren zu den Inhalten bei. Die meisten Menschen wollen geführt sein. Gute Führer machen ihre Gruppe bis hin zu einem ganzen Volk glücklich und jeder Einzelne bringt im Idealfall gute Früchte hervor. Die Autoren sehen sich mit den schlechten Früchten einer manipulativen Sprache voller missbräuchlicher Bedeutungsänderungen konfrontiert. Sie möchten mit ihren Überlegungen zu einer ausgewogenen Meinungsbildung beitragen.

Anlage: Bild

